

Landeschronik von Appenzell Ausserrhoden für das Jahr 2013

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Appenzellische Jahrbücher**

Band (Jahr): **141 (2014)**

PDF erstellt am: **25.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Landeschronik von Appenzell Ausserrhoden für das Jahr 2013

JÜRIG BÜHLER, HERISAU

2013 war für Appenzell Ausserrhoden ein Jahr, das geprägt war von den vielfältigen Aktivitäten zum 500. Jahrestag des Beitritts des ungeteilten Landes Appenzell zur Eidgenossenschaft (siehe separate Chronik zum Jubiläum AR•AI 500, S. 184–193) sowie durch den Spardruck, der auf dem Kanton lastet. Mitte Jahr legte der Regierungsrat ein dreiteiliges Sparpaket mit Entlastungsprogramm, Aufgabenüberprüfung und Steuererhöhung vor, mit dem die Staatsfinanzen mittelfristig wieder ins Lot gebracht werden sollen. Insgesamt sollen in den nächsten Jahren 14 Mio. Franken eingespart werden («Entlastungsmassnahmen»), eine Aufgabenüberprüfung in der kantonalen Verwaltung soll 7 Mio. Franken einbringen und eine Steuererhöhung nochmals rund 7 Mio. Franken. Dank diesem umfassenden Sanierungsprogramm prognostiziert der Regierungsrat ab 2016 wieder eine ausgeglichene Rechnung. Die vorgeschlagenen Massnahmen lösten Diskussionen aus, von Seiten der SP wurden insbesondere die vor einigen Jahren massiv reduzierten Unternehmenssteuern als Fehler kritisiert. – In Angriff genommen wurde im Berichtsjahr auch die Staatsleitungsreform, die neben einer definitiven Loslösung der Verfassung von der Landgemeindedemokratie u. a. die Reduktion der Zahl der Regierungsmitglieder von sieben auf fünf vorsieht und Regierungsmitglieder im Vollamt und nicht mehr nur im Hauptamt will. – Erfreuliches geht aus dem Monitoringbericht 2013 des Regierungsrates hervor: Zwar hinkt das Bevölkerungswachstum noch immer dem schweizerischen Durchschnitt hinterher, doch dank der niedrigen Arbeitslosigkeit, vielen Firmengründungen und tiefer Steuerbelastung stehen die Zeichen für die zukünftige Entwicklung gut. – Anstelle des aus gesundheitlichen Gründen zurückgetretenen Landammanns und Regierungsrats Hans Diem (SVP) wurde

Paul Signer (FDP) neu in den Regierungsrat gewählt und Marianne Koller-Bohl wurde neue Frau Landammann (Abb. 1). – Einigen Wirbel löste die Tatsache aus, dass die acht Mitglieder des Verwaltungsrats des Spitalverbands Honorare in der Höhe von rund 600 000 Franken bezogen haben. Der Regierungsrat versprach mehr Transparenz über die Zusatzeinnahmen der Regierungsmitglieder, wenn diese von Amtes wegen in öffentlichen Gremien Einsitz haben.

Eidgenössische Abstimmungen

Auf eidgenössischer Ebene hatten die Stimmberechtigten 2013 über insgesamt elf eidgenössische Sachvorlagen, darunter fünf Volksinitiativen, zu entscheiden. Mit einer Ausnahme (Epidemiegesetz) deckte sich der Abstimmungsausgang in Ausserrhoden mit dem gesamtschweizerischen Resultat.

3. März	Ja	Nein
Bundesbeschluss über die Familienpolitik	7 845	11 468
Initiative «gegen die Abzockerei»	12 855	6 524
Änderung des Bundesgesetzes zur Raumplanung	12 668	6 535

Der Bundesbeschluss über die Familienpolitik scheiterte am Ständemehr, eine Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer hiess die Vorlage jedoch gut.

9. Juni	Ja	Nein
Initiative «Volkswahl des Bundesrates»	3 730	11 479
Änderung des Asylgesetzes	12 344	2 656

Die beiden Vorlagen wurden auf eidgenössischer Ebene ebenso deutlich abgelehnt bzw. angenommen wie in Appenzell Ausserrhoden.

22. September	Ja	Nein
Initiative «Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht»	4 307	15 002
Epidemiegesetz	8 551	10 493
Änderung des Arbeitsgesetzes	9 825	9 207

Beim Epidemiegesez entsprach das Ergebnis nicht dem gesamtschweizerischen Resultat: Während Appenzell Ausserrhoden Nein sagte, wurde das Gesetz auf Bundesebene gutgeheissen. Bei den beiden anderen Vorlagen entschied Ausserrhoden gleich wie die übrige Schweiz.

24. November	Ja	Nein
Initiative «1:12 - für gerechte Löhne»	6 532	11 401
Initiative «Steuerabzug auch für Kinderbetreuung in der Familie»	9 157	11 733
Änderung Nationalstrassenabgabegesetz	8 601	12 270

Bei allen drei Vorlagen deckte sich der Abstimmungsausgang in Appenzell Ausserrhoden mit jenem auf eidgenössischer Ebene.

Kantonale Abstimmungen

Die Ausserrhoder Stimmberechtigten entschieden 2013 an der Urne über eine kantonale Sachvorlage.

3. März	Ja	Nein
Initiative «für gleichlange Spiesse beim Nichtraucherschutz»	7 526	10 584

Die in Wirtekreisen lancierte Volksinitiative «Für gleichlange Spiesse beim Nichtraucherschutz» verlangte eine Liberalisierung des geltenden Rauchverbots in Gastronomiebetrieben. Die Ablehnung ist überraschend klar ausgefallen, zumal sich die FDP, die SVP und der Regierungsrat für eine Annahme ausgesprochen hatten. Der Kantonsrat hingegen empfahl eine Ablehnung des Volksbegehrens. Lediglich in den Gemeinden Urnäsch, Lutzenberg und Reute fand die Initiative eine Mehrheit. Die Stimmbeteiligung lag bei 49,6 Prozent.

Kantonale Wahlen

Im Mittelpunkt der kantonalen Ergänzungswahlen stand am 3. März die Wiederbesetzung des durch den Rücktritt von Hans Diem (SVP) frei werdenden Sitzes im Regierungsrat. Hans Diem (Abb. 2) hatte aus gesundheitlichen Gründen demissioniert, und als Folge davon musste auch das Amt des Landammanns neu besetzt werden. Hans Diem gehörte der Regierung während 15 Jahren an und stand dieser

während zwei Jahren als Landammann vor. Zur Wahl in den Regierungsrat stellten sich Gemeindepräsident Paul Signer (FDP, Herisau), Gemeindepräsidentin Inge Schmid (SVP, Bühler) und der parteilose Samuel Büechi, Trogen. Für das Landammannamt war die freisinnige Regierungsrätin Marianne Koller-Bohl, Teufen, einzige Kandidatin. Sie wurde im ersten Wahlgang mit 11 444 Stimmen als neue Frau Landammann gewählt, auf Vereinzelte entfielen 2467 Stimmen. Die Wahl in den Regierungsrat kam im ersten Wahlgang nicht zustande, weil keiner der drei Kandidierenden das absolute Mehr von 8463 Stimmen erreichte. Stimmen erhielten: Paul Signer 8105, Inge Schmid 5645, und Samuel Büechi 2985. Die Stimmbeteiligung betrug 47,4 Prozent. – Zum notwendig gewordenen zweiten Wahlgang am 7. April trat Samuel Büchi nicht mehr an, sodass es zu einem Zweikampf zwischen dem freisinnigen Paul Signer und der SVP-Kandidatin Inge Schmid kam. Paul Signer (Abb. 3) setzte sich mit 8085 Stimmen klar vor Inge Schmid durch, die 5628 Stimmen auf sich vereinigte. Damit verlor die SVP einen Sitz im Regierungsrat und die FDP ist mit fünf Sitzen im siebenköpfigen Gremium klar stärkste Partei. Die Stimmbeteiligung lag bei 38,6 Prozent. An seiner konstituierenden Sitzung entschied der Regierungsrat, dass das neue Regierungsmitglied das Ressort Sicherheit und Justiz seines Vorgängers Hans Diem übernehmen wird. Der Amtsantritt erfolgte auf den Beginn des neuen Amtsjahres am 1. Juni 2013. – Ein weiteres kantonales Wahlgeschäft war 2013 die Ersatzwahl ins Obergericht. Ihren Rücktritt eingereicht hatten mit Regula Eugster-Luder und Corinne Spiller zwei Frauen. Gewählt wurden Heinz Zingg, Rehetobel, und Christan Wild, Speicher, mit 10 914 bzw. 10 110 Stimmen; nicht gewählt wurde der dritte Kandidat Tim Walker, Trogen, der lediglich 4443 Stimmen auf sich vereinigte.

Kantonsrat

Der Kantonsrat hat sich 2013 an sechs Sitzungstagen getroffen und dabei 44 Geschäfte behandelt. Diese Zahl liegt deutlich tiefer als im Vor-

jahr; auf die Oktober-Sitzung konnte deshalb sogar verzichtet werden. Geprägt war die Tätigkeit des Kantonsrats vor allem durch verschiedene Gesetzgebungsvorhaben und durch die erste Lesung einer Teilrevision der Kantonsverfassung; dabei ging es um die Reform der Staatsleitung (Abb. 4).

Im Mittelpunkt der Kantonsratssitzung vom 12. Februar stand die erste Lesung des Pensionskassengesetzes, mit welchem die Pensionskasse AR weitgehend in die Unabhängigkeit entlassen wird. Finanzdirektor Köbi Frei (SVP) wies einleitend nicht ohne Stolz darauf hin, dass die Pensionskasse AR mit einem Deckungsgrad von 101 Prozent sehr gut dastehe, dies ganz im Gegensatz zu vielen anderen kantonalen Pensionskassen, die eine Unterdeckung verzeichneten. Der Anpassungsbedarf aus der BVG-Revision (Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge) betrifft hauptsächlich den Bereich der Autonomie. Um der Entpolitisierung Rechnung zu tragen, geht mit dem neuen Pensionskassengesetz die Verantwortung von den politischen Gremien an die Verwaltungskommission über. Diese ist das oberste Organ der Pensionskasse und setzt sich aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreterinnen und -vertretern zusammen. Im Rat führte diese Entpolitisierung zu keinerlei Diskussionen. Keine Mehrheit fand der Antrag der parlamentarischen Kommission, eine obligatorische Versicherung ab dem 18. Altersjahr einzuführen. Damit hätte für die 18- bis 24-Jährigen ein Anreiz fürs Sparen im Alter geschaffen werden sollen. Der Regierungsrat wehrte sich gegen die «Muss-Formulierung»; das Gesetz bietet der Verwaltungskommission aber Spielraum, auch in dieser Alterskategorie Beiträge zu erheben. Die SP-Fraktion setzte sich für bessere Lösungen zugunsten der Arbeitnehmenden ein. Weder ein reduzierter Koordinationsabzug noch eine Veränderung der Beitragsparität erwiesen sich jedoch als mehrheitsfähig. Das Gesetz über die Pensionskasse wurde ohne Gegenstimme mit 58 Ja und vier Enthaltungen in erster Lesung angenommen. – Neben der Erledigung ver-

schiedener kleinerer Geschäfte beschloss der Rat in zweiter Lesung auch den Beitritt zum Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen. Gegen den mit 51 zu 10 Stimmen gutgeheissenen Beitritt zum Konkordat hatte sich einzig die SP-Fraktion ausgesprochen.

Die Zukunft der Ausserrhoder Gemeinden und ein gemeinsamer Spitalverbund mit Appenzell Innerrhoden waren die wichtigsten Themen der Kantonsratssitzung vom 18. März. Im Jahre 2010 hat der Kantonsrat mit der Annahme einer Petition von Roger Sträuli den Regierungsrat beauftragt, die Gemeindestrukturen zu analysieren. In der Folge gab die Regierung beim Kompetenzzentrum für Public Management der Universität Bern eine Analyse in Auftrag und definierte darauf basierend ihre strategische Position mit vier Massnahmen: Auf finanzielle Anreize für Gemeindefusionen soll verzichtet werden. Dafür möchte der Regierungsrat die Gemeindefusionen aus der Kantonsverfassung streichen und die Gemeindepräsidien-Konferenz stärken. Ausserdem sollen die strukturerhaltenden Elemente im innerkantonalen Finanzausgleich abgebaut und es soll eine Aufgabenentflechtung zwischen Kanton und Gemeinden vorgenommen werden. «Der Regierungsrat möchte den Prozess mit sachten Schritten angehen», sagte der zuständige Regierungsrat Jürg Wernli (FDP). Die Gruppierung der Parteiunabhängigen und die SP zeigten sich indes enttäuscht und warfen der Regierung Mutlosigkeit vor. Die FDP zeigte sich zufrieden, aber nicht begeistert. Auch für SVP und CVP ist der Handlungsbedarf unbestritten. In einem nächsten Schritt wird der Regierungsrat nun eine Kommission zur Optimierung der Gemeindestrukturen einsetzen. – In einer längeren Debatte befasste sich der Kantonsrat mit einem Kredit von 1,3 Mio. Franken für die Erarbeitung von Entscheidungsgrundlagen für einen gemeinsamen Spitalverbund mit Appenzell Innerrhoden. Nachdem verschiedene Votanten die von der Regierung vorgelegten Unterlagen als mangelhaft kritisiert hatten, musste Regierungsrat Matthias Weishaupt (SP) zu zahl-

reichen Detailfragen Stellung nehmen. Er unterstrich, dass es nicht um eine Kooperation mit dem heutigen Spital Appenzell gehe, sondern es werde eine Zusammenarbeit mit einem reorganisierten, spezialisierten Spital Appenzell gesucht. Trotz spürbarem Unbehagen hiess der Kantonsrat den Kredit schliesslich mit 46 zu 11 Stimmen bei einigen Enthaltungen gut.

Die Genehmigung der Staatsrechnung 2012 sowie verschiedener Jahres- und Geschäftsberichte waren die Haupttraktanden der Kantonsratssitzung vom 6. *Mai*. Zu reden gaben vor allem die düsteren finanziellen Aussichten sowie die Honorare der Verwaltungsratsmitglieder des Spitalverbunds AR. Die Staatsrechnung schloss mit einem Aufwandüberschuss von rund 21,9 Mio. Franken ab – das sind 8,7 Mio. Franken mehr als budgetiert. Wie Finanzdirektor Köbi Frei ausführte, liegen die wesentlichen Gründe für das schlechte Abschneiden in tieferen Steuererträgen. Der Rückschlag könne mit dem bestehenden Eigenkapital noch verkraftet werden. Für Einsparungen hat die Regierung deshalb bereits eine Aufgabenüberprüfung sowie eine Verzichtplanung angekündigt. Diese Massnahmen wurden im Rat zwar begrüsst, der Regierungsrat ertete aber auch Kritik, weil er nicht schon früher tätig geworden war. Trotz des schlechten Ergebnisses ertete die Staatsrechnung aber auch Lob. So mussten im Rechnungsjahr keine Nachtragskredite gesprochen werden, und die hohe Budgetdisziplin fand Anerkennung. Der Kantonsrat genehmigte die Jahresrechnung mit einer Gegenstimme. – Erstmals seit der Verselbständigung des Spitalverbunds Appenzell Ausserrhoden hatte der Kantonsrat dessen Geschäftsbericht und die Rechnung zur Kenntnis zu nehmen. Darin ausgewiesen wurde auch eine Entschädigung für den siebenköpfigen Verwaltungsrat von insgesamt über 600 000 Franken. Dieser hohe Aufwand sorgte in allen Fraktionen für Erstaunen. Aus der Debatte ging dann hervor, dass der Verwaltungsrat auch operative Aufgaben übernommen hatte. Die Verselbständigung fordere vor allem auch im operativen Bereich sehr viel, stellte VR-Präsident Thomas Kehl im Ge-

schäftsbericht fest. Grund zur Kritik gab auch eine Bemerkung der Direktion im Bericht, wonach grössere Umbauten oder Totalanierungen ohne Beiträge des Kantons kaum realisiert werden könnten. Gesundheitsdirektor Matthias Weishaupt entgegnete, dass die Regierung überhaupt nicht dieser Meinung sei. Insgesamt – das blieb unbestritten – ist der Spitalverbund gut in die Selbständigkeit gestartet und konnte einen Gewinn von 4,1 Mio. Franken verbuchen. – Im Weiteren befasste sich der Kantonsrat auch mit dem Rechenschaftsbericht des Regierungsrats. Diesem war zu entnehmen, dass die mit einer Volksabstimmung abgeschaffte Pauschalbesteuerung zu Wegzügen aus dem Kanton führte. Auf Nachfrage gab Volkswirtschaftsdirektorin Marianne Koller an, dass mindestens ein Fall verifiziert sei. – Der Bericht der Staatswirtschaftlichen Kommission (StwK) über die Tätigkeit von Regierung und Verwaltung wurde vom Kantonsrat ebenso zur Kenntnis genommen wie der Rechenschaftsbericht des Regierungsrats, des Obergerichts, der Justizkommission und der Assekuranz AR.

Neben der Wahl von Edith Beeler (pu, Wald) zur neuen Kantonsratspräsidentin (siehe auch Gemeindechronik Wald, S. 157) gab an der Kantonsratssitzung vom 10. *Juni* vor allem die Staatsleitungsreform zu reden (Abb. 5). Deren Ziel ist es, mit einer Teilrevision der Verfassung den Wechsel von der Landsgemeinde- zur Urnendemokratie definitiv zu vollziehen. Für viel Diskussionsstoff sorgte der Vorschlag, die Regierung von heute sieben auf künftig fünf Mitglieder zu reduzieren. Die Voten der einzelnen Fraktionen deuteten darauf hin, dass es bei sieben bleibt. So hiess es etwa, die Parteienlandschaft sei mit sieben Mitgliedern besser abgebildet. Auch wurde die Befürchtung geäussert, der Regierungsrat büsse an Volknähe ein. Doch es kam anders. Mit 32 Ja, 28 Nein und einer Enthaltung sprach sich der Rat für eine Reduktion der Regierung von sieben auf fünf Mitglieder aus. Zudem soll der Regierungsrat den Landammann künftig selber für eine zweijährige Amtszeit wählen. Neu ist das Vollamt für Regierungsmitglieder vorgesehen, bisher wa-



ren diese im Hauptamt tätig; das erlaubte es ihnen theoretisch, nebenher einer anderen beruflichen Tätigkeit nachzugehen. Die Staatsleitungsreform wurde in erster Lesung mit 45 zu 10 Stimmen bei einigen Enthaltungen verabschiedet. Weil die Staatsleitungsreform eine Verfassungsänderung benötigt, werden die Stimmberechtigten nach Volksdiskussion und zweiter Lesung das letzte Wort haben. – Zu Beginn der ersten Sitzung im Amtsjahr 2013/14 hatte der Rat verschiedene Wahlgeschäfte erledigt: Die Parteiunabhängige Edith Beeler aus Wald löste Ivo Müller (SP) als Kantonsratspräsidentin ab. Die 59-Jährige gehört seit 13 Jahren dem Rat an. René Rohner (FDP, Grub) rückte als erster Stimmenzähler und Vize-Präsident nach. Ursula Rüttsche (CVP, Herisau) nahm als zweite Stimmenzählerin im Büro des Kantonsrats Einsitz. Michael Fuhrer (SVP, Herisau) wurde zum Präsidenten der Staatswirtschaftlichen Kommission (StwK) gewählt. Ebenfalls in die StwK gewählt wurden Margrit Müller-Schoch (pu, Hundwil), Arlette Schläpfer (pu, Reute), Rolf Sturzenegger (FDP, Rehetobel), Monika Bodenmann (FDP, Waldstatt) und Andrea Zeller Nussbaum (pu, Lutzenberg). Johanna Federer (SP, Herisau) folgte in die Justizkommission. – Schliesslich verabschiedete der Kantonsrat das Gesetz über die Pensionskasse AR in zweiter Lesung mit 60 zu 3 Stimmen und nahm vom Stand der Sach- und Terminplanung 2013–2016 nach kurzer Diskussion Kenntnis.

Finanzausgleich, Sitzverteilung Kantonsparlament und der öffentliche Verkehr waren

Themen der Kantonsratssitzung vom 23. September. Zustimmend zur Kenntnis nahm der Rat den jährlichen Bericht zum kantonalen Finanzausgleich. Die Kosten sind seit 2008 stetig gestiegen. Zehn Gemeinden erhalten Mindestausstattung, zahlen muss vor allem die Gemeinde Teufen. Bis auf die SVP-Fraktion war man einhellig der Ansicht, dass nun Handlungsbedarf bestehe. Die Fraktion der Parteiunabhängigen regte an, «den Fusionsprozess von Seiten Regierung stärker voranzutreiben». – Weiter hat der Kantonsrat die Motion «Stimmkraftgleichheit – Gerechtere Verteilung der Kantonsratssitze» als erheblich erklärt. Diese wurde von Florian Hunziker (SVP, Herisau) und Willi Rohner (pu, Rehetobel) eingereicht. In den fünf grössten Ausserrhoder Gemeinden wohnen 60 Prozent der Bevölkerung. Sie haben aber im Kantonsrat nur rund einen Drittel der Stimmen. Während ein Kantonsrat aus Reute 337 Einwohner repräsentiert, sind es in Herisau 1092 Einwohner pro Kantonsrat. Der Regierungsrat muss nun eine Vorlage ausarbeiten, die dem Bestreben nach einer möglichst ausgeglichenen Stimmkraft besser entspricht als die heutige Regelung. – Der Kantonsrat hat die von der SVP lancierte Volksinitiative «Für mehr Mitsprache bei der ÖV-Finanzierung» mit 37 zu 25 Stimmen und einer Enthaltung für gültig erklärt. Das Volksbegehren verlangt, dass Bahninfrastruktur-Projekte, die mehr als 5 Mio. Franken kosten, zwingend den Stimmberechtigten vorgelegt werden müssen. Nachdem sich der Kanton das Anliegen der Initianten damit zu eigen gemacht hat, findet nun ein ordentli-



4



5

ches Gesetzgebungsverfahren statt, das dem fakultativen Referendum untersteht. – Im Weiteren hat der Kantonsrat das Gesetz über die Mittel- und Hochschulen in zweiter Lesung mit 53 zu 4 Stimmen und zwei Enthaltungen genehmigt und damit die umstrittenen Disziplinarbussen bis 1000 Franken bestätigt. Es findet eine dritte Lesung statt.

Der Voranschlag 2014 mit einem hohen Defizit gab an der Kantonsratssitzung vom 2. Dezember viel zu reden. Bei einem Gesamtertrag von rund 400 Mio. Franken ist ein Defizit von 22,86 Mio. Franken budgetiert. Das finanzpolitische Hauptziel eines ausgeglichenen Haushalts wurde verpasst. Dazu kommt, dass das strukturelle Defizit in den kommenden Jahren voraussichtlich 28 Mio. Franken beträgt. Der Regierungsrat hat deshalb ein Entlastungspaket geschnürt, mit dem sich das Parlament im Februar befassen wird. Der Kantonsrat setzte bereits in der Dezember-Sitzung ein Sparzeichen. Auf Antrag der Gruppierung der Parteiunabhängigen wurde der Sachaufwand von 51,29 Mio. Franken um 3 Mio. gekürzt. Finanzdirektor Köbi Frei (SVP) wehrte sich erfolglos gegen die Kürzung und betonte, der Regierungsrat habe bereits von sich aus 3 Mio. beim Sachaufwand eingespart. Diskussionen löste auch die beantragte Steuerfusserhöhung um 0,2 Einheiten beim kantonalen Steuerfuss aus. Zwar war weitgehend unbestritten, dass diese Erhöhung unumgänglich ist. Es wurde aber darüber debattiert, ob jetzt der richtige Zeitpunkt sei oder ob nicht zuerst das Entlastungspaket greifen müsste, bevor der Steuerzahler zur

Kasse gebeten werde. Während CVP/EVP und die SVP auf die Erhöhung zum jetzigen Zeitpunkt verzichten wollten und die SP sich dafür aussprach, zeigte sich die FDP-Fraktion gespalten. Zu den Befürwortern gehörte die Finanzkommission. Letztlich genehmigte der Kantonsrat die Steuerfusserhöhung knapp mit 32 zu 30 Stimmen, was bei den Staatssteuern einen um 4,2 Mio. Franken höheren Nettoertrag ergeben soll. Vom Finanzplan 2014–2017 nahm der Rat diskussionslos Kenntnis. – Die übrigen Geschäfte standen ganz im Schatten der Finanzdebatte. Bei der Genehmigung des Globalkredits für die Kantonsschule Trogen legte Regierungsrat Rolf Degen ausführlich dar, warum ein Miteinander von Kantonsschule Trogen und Gymnasium Appenzell nur beschränkt

Abbildungen

- 1 Strahlende Frau Landammann Marianne Koller-Bohl (FDP) nach ihrer Wahl am 3. März. (Bild: APZ)
- 2 Hans Diem (SVP), Landammann und Direktor des Departements Sicherheit und Justiz, ist aus gesundheitlichen Gründen zurückgetreten. (Bild: APZ)
- 3 Der neugewählte Regierungsrat Paul Signer (FDP) und die im 2. Wahlgang unterlegene Inge Schmid (SVP). (Bild: APZ)
- 4 Der Auserrhoder Kantonsrat traf sich 2013 zu sechs Sitzungen. (Bild: APZ)
- 5 Die Regierungsbank im Kantonsratssaal nach der Ersatzwahl (von links): Köbi Frei, Rolf Degen, Matthias Weishaupt, Frau Landammann Marianne Koller-Bohl, Jakob Brunnschweiler, Jürg Wernli und der neugewählte Paul Signer; im Hintergrund das Büro mit der neuen Kantonsratspräsidentin Edith Beeler. (Bild: APZ)



möglich sei. Trotzdem sollen die Gespräche über Möglichkeiten einer Zusammenarbeit weitergeführt werden. Eine Motion des SVP-Kantonsrats David Zuberbühler, Herisau, der eine Standesinitiative zum Verteilverfahren der Nationalratssitze verlangte, wurde mit 48 Stimmen als nicht erheblich erklärt. Schliesslich setzte der Rat noch drei vorbereitende parlamentarische Kommissionen ein, die sich eingehend mit der Teilrevision des Raumplanungsgesetzes, dem Entlastungsprogramm 2015 und der Totalrevision des Hundegesetzes befassen werden.

Staatsrechnung 2013

Die Staatsrechnung 2013 schloss bei Einnahmen von 432,5 Mio. Franken und Ausgaben von 456,8 Mio. Franken deutlich schlechter ab als budgetiert. Es war mit einem Ausgabenüberschuss von 17,2 Mio. Franken gerechnet worden. Das Defizit ist um 7,1 Mio. Franken höher, und es resultiert ein Verlust von 24,3 Mio. Franken. Gründe für das schlechte Ergebnis sind hauptsächlich die tieferen Steuereinnahmen bei den natürlichen Personen, aber teilweise auch höhere Ausgaben. Vorläufig kann das Defizit über das Eigenkapital aufgefangen werden. Um die Staatsfinanzen wieder ins Lot zu bringen, hat der Regierungsrat ein Entlastungsprogramm ausgearbeitet. Dieses soll den Staatshaushalt ab 2015 dauerhaft um 14 Mio. Franken entlasten, muss jedoch noch vom Kantonsrat behandelt werden. Mit einer Überprüfung der Aufgaben sollen künftig weitere 7 Mio. Franken eingespart werden. Der Steuer-

fuss wurde bereits mit dem Voranschlag 2014 von 3,0 auf 3,2 Steuereinheiten angehoben. Insgesamt soll der Staatshaushalt ab 2016 dauerhaft um insgesamt 28 Mio. Franken entlastet werden.

Schon bei der Erstellung des Finanzplanes 2014–2017 wurde erkannt, dass die Rechnung schlechter als budgetiert abschliessen würde. Die wesentlichen Gründe für die Abweichung liegen hauptsächlich in den tieferen Steuererträgen bei den natürlichen Personen. Gegenüber dem Budget fehlen bei den Steuern der natürlichen Personen 8,9 Mio. Franken und bei den Erbschafts- und Schenkungssteuern 0,2 Mio. Franken. Demzufolge fällt auch der Anteil an den direkten Bundessteuern um 2,1 Mio. Franken tiefer aus. Dagegen konnte bei den Steuern der juristischen Personen eine Steigerung in der Höhe von 0,8 Mio., bei den Grundstückgewinnsteuern von 0,5 Mio. und bei den Verrechnungssteuern von 1 Mio. Franken erzielt werden. Ebenfalls zum schlechteren Abschluss beigetragen haben höhere Kosten bei den Prämienverbilligungen der Krankenversicherung (1,7 Mio. Franken), der Spitalfinanzierung (2,6 Mio. Franken), der Finanzierung der Sozialen Einrichtungen (0,7 Mio. Franken) und dem öffentlichen Verkehr (0,7 Mio. Franken). Positiv auf das Ergebnis wirkten sich die höheren Zins- und Vermögenserträge (2,2 Mio. Franken) sowie die tieferen Kosten bei den Massnahmen der Sonderschulung (1,1 Mio. Franken) aus.

Die Nettoinvestitionen liegen mit 34,4 Mio. Franken im Vergleich zum Vorjahr um 4,8 Mio.



8



9

Franken tiefer. Das tiefere Investitionsvolumen gegenüber früheren Jahren lässt sich mit der Ausgliederung der somatischen Spitäler in den Spitalverbund Appenzell Ausserrhoden und der Überführung des Informatikamtes in die AR Informatik AG teilweise relativieren. Den Bruttoinvestitionen von 48,8 Mio. Franken stehen Einnahmen in der Höhe von 14,4 Mio. Franken gegenüber. Zu den wichtigsten Investitionsprojekten gehören nebst dem Strassenbau die Umsetzung der kantonalen Informatikstrategie, die Umnutzung des Zeughauses Herisau und die Renovation des Psychiatrischen Zentrums Appenzell Ausserrhoden. Erste Ausgaben sind im Berichtsjahr zudem für die Durchmesserlinie der Appenzeller Bahnen angefallen.

Mit diesem Ergebnis sinkt das Eigenkapital von Appenzell Ausserrhoden per Ende 2013 auf 23,5 Mio. Franken. Dagegen steigt das abzuschreibende Verwaltungsvermögen auf 53,1 Mio. Franken und entsprechend auch die Verschuldung von 0,4 Mio. Franken im vergangenen Jahr auf neu 29,6 Mio. Franken.

Volkswirtschaft

Die wirtschaftliche Entwicklung des Kantons blieb auch im Jahr 2013 im gesamtschweizerischen Vergleich unterdurchschnittlich. So nahm die Wohnbevölkerung lediglich bescheiden zu. Der Zuwachs gründete vor allem auf der Zuwanderung aus dem Ausland. Auch der Beschäftigungsanstieg liegt deutlich unter dem Schweizer Durchschnitt. Trotz günstiger konjunktureller Entwicklung und einer tiefen Un-

ternehmenssteuer sind Unternehmensansiedlungen schwieriger geworden. Nebst attraktiven Steuern oder der Verfügbarkeit von Industrie- und Gewerbeland sind für die Unternehmen auch qualifizierte Fach- und Führungskräfte wichtig. An der Immo Messe in St. Gallen präsentierten sich Kanton und Gemeinden mit dem neuen Auftritt «wo-ich-bin» als moderner ländlicher Wohnkanton. Zusammen mit den Projektleitenden des Regierungsprogramms (Arealentwicklung Bahnhof Herisau) und mit der Organisation von Investorenanlässen sowie dem punktuellen Ausbau des öffentlichen Verkehrs (DML, S-Bahn St. Gallen) wird angestrebt, den Kanton als Wohnort einen Schritt vorwärts zu bringen. – Der regionale Arbeits-

Abbildungen

6 Regierungsrat Jürg Wernli (FDP), Direktor Departement Inneres und Kultur, ehrt Kulturpreisträgerin Rosmarie Nüesch-Gautschi im Zeughaus Teufen. (Bild: APZ)

7 Grundsteinlegung zum Projekt Schwägalp am 25. September 2013 durch den Verwaltungsrat der Säntis-Schwebebahn (von links): Roland Stump, Peter Eisenhut, Barbara Ehrbar-Sutter, Heinz Hochuli, Hans Höhenner, Daniela Merz und Hansruedi Laich (auf dem Foto fehlen Gavin Schmid und Michael Auer). (Bild: www.saentisbahn.ch)

8 Die Empfänger der Werkbeiträge der Ausserrhoder Kulturstiftung und des Atelierstipendiums (von links): Zora Berweger, David Berweger, Danielle Strahm, Georg Gatsas, Rebecca C. Schnyder und Florian Graf. (Bild: APZ)

9 Die neue Notrufzentrale der Kantonspolizei im Zeughaus Ebnet in Herisau. (Bild: APZ)

markt erwies sich als stabil. Im Jahresdurchschnitt waren 836 Personen zur Stellensuche eingetragen, sechs weniger als im Vorjahr. Weniger erfreulich verlief die Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit bzw. in der Altersklasse der 15- bis 24-Jährigen. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote in diesem Segment blieb mit 1,6 Prozent unter der Quote über alle Altersklassen (1,7 Prozent). Die Dezemberquote lag mit 2,3 Prozent aber höher als im Vorjahr. Im Bereich der Kurzarbeit waren mit durchschnittlich 119 Bezüglern ein Drittel weniger Betroffene zu verzeichnen als im Jahr zuvor. Der positive Trend im Arbeitsmarkt wird durch Stellenmeldungen bestätigt, die im Vergleich zum Vorjahr um rund einen Drittel zugenommen haben. Wie in der ganzen Schweiz nimmt auch in Appenzell Ausserrhoden der Bedarf an Beratungs- und Unterstützungsleistungen für Personen ohne Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung zu.

Wirtschaftsförderung. Damit Appenzell Ausserrhoden als Unternehmensstandort gefragt bleibt, sind neben einer aktiven Promotion auch die Bestandespflege und Standortentwicklung von Bedeutung. Bei rund 20 Firmenbesuchen zeigte sich im Austausch mit Unternehmerinnen und Unternehmern, dass der Fachkräftemangel für Firmen im Kanton eine Herausforderung ist. Verstärkt wird diese Situation durch eine der niedrigsten Rückkehrquoten von Hochschulabsolventinnen und -absolventen im schweizweiten Vergleich. Die Wirtschaftsförderung hat deshalb zusammen mit dem Industrieverein AR das Projekt «Brain Gain» lanciert. Studierende von Fachhochschulen und Universitäten sollen auf die Attraktivität des Arbeitsplatzes Appenzell Ausserrhoden sowie die Qualitäten der hiesigen Unternehmen aufmerksam gemacht werden. Zur Netzwerkpflge organisierte die Wirtschaftsförderung verschiedene Veranstaltungen wie z.B. die stets gut besuchten Anlässe «Beste Köpfe». Die verstärkte Zusammenarbeit der Kantone St.Gallen, Thurgau, Appenzell Ausserrhoden und Appenzell Innerrhoden in

der internationalen Standortpromotion hat sich bewährt, und der einheitliche Auftritt als St.Gallen-Bodensee-Area ist etabliert. Der globale Standortwettbewerb machte sich auch bei den Ansiedlungen bemerkbar. Grundsätzlich ist das Interesse an Appenzell Ausserrhoden mit der vorteilhaften Unternehmensbesteuerung und der Lage im Dreiländereck nach wie vor gut. Aufgrund der Situation im Hauptzielmarkt Deutschland sind Ansiedlungen aus diesem Markt aber fast vollständig zurückgegangen.

Landwirtschaft. Umfangreiche Vorarbeiten zur Umsetzung der Agrarpolitik 2014–2017 prägten das Landwirtschaftsjahr. Im Rahmen der Reform werden auf den 1. Januar 2014 die Direktzahlungen für die Landwirtschaft umstrukturiert. Neu werden die Tierbeiträge umgelagert in Flächenbeiträge. Für die Tierhaltungsbetriebe im Kanton werden dadurch die Zahlungen sinken. Damit sich ihre Einkommenssituation nicht wesentlich verschlechtert, müssen die Landwirte Direktzahlungsinstrumente, welche Landschaftsvielfalt und Biodiversität fördern, vermehrt nutzen. Unter Beizug einer breit abgestützten Arbeitsgruppe wurde ein geeignetes Landschaftsqualitätsprojekt zur Förderung der vielfältigen Kulturlandschaft ausgearbeitet. – Im Jahre 2013 wurden rund 34,26 Mio. Franken an Direktzahlungen ausgerichtet, bezugsberechtigt waren 15 Betriebe weniger als im Vorjahr. 644 Landwirtschaftsbetriebe, davon 106 Biobetriebe, haben den ökologischen Leistungsnachweis erfüllt. – Wettermässig präsentierte sich das Landwirtschaftsjahr durchzogen. Der Winter 2012/13 begann früh und brachte viel Schnee. Der März war der kälteste seit 26 Jahren. Generell waren der Winter und Frühling trüb und sonnenarm. Der Weidegang im Mai und Juni musste auf ein paar wenige Tage beschränkt werden. Nach dem Hochwasser Anfang Juni konnte mit der Heuernte begonnen werden. Anfang Juli kam dann die Wende. Es war überdurchschnittlich warm und trocken. Der Herbst war durchzogen und eher nass.

Sicherheit und Justiz

Die Übergabe des Departements Sicherheit und Justiz vom gesundheitshalber zurückgetretenen Regierungsrat Hans Diem (SVP, Herisau) an den neugewählten Regierungsrat Paul Signer (FDP, Herisau) war eines der prägenden Ereignisse im Jahr 2013. Im Zusammenhang mit den krankheitsbedingten Ausfällen des Leiters des Strassenverkehrsamtes ist vorgesehen, die Führung der Ämter in Trogen grundsätzlich zu prüfen und allenfalls neu zu regeln. Im Regierungsrat war die Aufsicht über die Staatsanwaltschaft ein Thema. Bis zur Revision des Justizgesetzes obliegt die Aufsicht über die Staatsanwaltschaft dem Departementsvorsteher. In Appenzell Ausserrhoden kam es 2013 zu keinen spektakulären Straftaten, und auch die Situation rund um das Asylzentrum Landegg hat sich beruhigt. Bei der Sanktionierung von Straftaten von jungen Erwachsenen ist das Betreuungsangebot ausgebaut worden. Täter sollen nicht nur überführt, sondern idealerweise so weit betreut werden, dass sie nicht mehr rückfällig werden.

Gerichtswesen. Beim Obergericht blieben die Neueingänge bei den Zivilprozessen im Vergleich zum Vorjahr unverändert bei 17. Demgegenüber stieg die Zahl der neuen Strafprozesse mit 45 (28) neuen Verfahren markant an. Bei den Einzelrichtern des Obergerichts verharrten die Neueingänge mit 84 Begehren im Bereich Zivil- und Strafrecht auf dem hohen Niveau des Vorjahres. Im Verwaltungsrecht war nochmals eine Zunahme der Geschäftslast zu verzeichnen. Diese erreichte mit 125 neuen Begehren einen absoluten Höchststand (Vorjahr 97). – Die Eingänge bei den Zivilabteilungen des Kantonsgerichts haben mit 148 (175) neuen Fällen um rund 15 Prozent abgenommen. Stark angestiegen ist die Anzahl neuer Strafverfahren: Bei den Gerichtsabteilungen und den Einzelrichtern war mit 5 (3) bzw. 54 (43) neuen Prozessen eine Zunahme zu verzeichnen. – Beim Jugendgericht bewegte sich die Fallzahl mit 3 (1) neuen Verfahren wie gewohnt auf tiefem Niveau. Bei den Einzelrichterfällen hat die

Geschäftslast im Berichtsjahr mit 1127 (1244) Neueingängen um rund neun Prozent abgenommen; diese liegt damit nach einem absoluten Höchststand im Jahr 2011 wieder im langjährigen Durchschnitt. – Bei den Vermittlerämtern gingen im Berichtsjahr gleich viele neue Begehren ein wie im Vorjahr, nämlich 278. Ebenfalls gleich hoch geblieben ist die mit 63 Prozent sehr gute Erfolgsquote. – Bei der Aufsichtsbehörde für Schuldbetreibung und Konkurs näherte sich die Geschäftslast mit 18 (27) neuen Verfahren wieder dem langjährigen Durchschnitt an. Bei den Betreibungsämtern verharrte die Anzahl Zahlungsbefehle zwar ungefähr auf Vorjahresniveau. Weil es zu mehr vollzogenen Pfändungen gekommen ist (+12 Prozent), hat die Geschäftslast aber zugenommen. Die Anzahl neuer Konkurse liegt mit 105 neuen Fällen nach einem vorübergehenden Einbruch im letzten Jahr (83 neue Verfahren) wieder im Bereich früherer Jahre.

Strafanstalt Gmünden. Die Auslastung der Strafanstalt Gmünden im offenen Strafvollzug erreichte mit 95,7 Prozent einen absoluten Rekordwert. Die Kapazität wurde definitiv von 53 auf 58 Haftplätze erhöht. Mit 20254 Verpflegungstagen lag die Auslastung um nochmals drei Prozent höher als im Vorjahr. Im kantonalen Gefängnis, das 2007 mit 12 Plätzen in Betrieb genommen wurde und das frühere Untersuchungsgefängnis in Trogen ersetzte, wurden ausser Untersuchungshaft und Ausschaffungshaft auch Freiheitsstrafen vollzogen. Die geschlossene Spezialvollzugsabteilung mit ihren fünf Plätzen, die als Übergangsstation mit erhöhtem Sicherheitsstandard bestimmt ist, war ständig belegt. Deshalb mussten Strafen auch im kantonalen Gefängnis vollzogen werden, dessen Auslastung ohnehin schon überdurchschnittlich hoch war. Versetzungen von renitenten und schwierigen Insassen waren nur selten möglich, da alle Vollzugsanstalten voll ausgelastet waren. Die Schäden an Gebäuden und Infrastruktur durch renitente und schwierige Insassen haben einerseits zugenommen; andererseits besteht wegen des Alters der Anla-

gen hoher Reparaturbedarf. Die nach wie vor hohe Fluktuation ist sehr aufwändig für die Administration und den Sozialdienst. Auch im Vollzugsalltag machte sich der rege Wechsel bemerkbar, da jeder neue Insasse im Wohnbereich und in den Werkstätten eingeführt und angeleitet werden muss. Die Auftragslage in den Werkstätten war sehr gut. Die hohen Qualitätsansprüche der Kunden brachten die Mitarbeitenden an ihre Grenzen.

Kriminalstatistik. Die in der Kriminalstatistik erfassten Straftaten liegen mit 2594 um 18,6 Prozent unter dem Vorjahr. Diese Straftaten verteilten sich auf insgesamt 1615 Straffälle. Die Anzahl Delikte nach Schweizerischem Strafgesetzbuch (StGB) hat mit 2089 Straftaten um 26 Prozent abgenommen. Die Widerhandlungen gegen das Betäubungsmittelgesetz sind um 27 Prozent auf 196 Tatbestände gesunken. Im Bereich der Delikte gegen die sexuelle Integrität ist eine Zunahme um 37 Prozent zu verzeichnen. Die Aufklärungsquote der Straftaten liegt im Vergleich zur nationalen Statistik (28,9 Prozent) bei hohen 62 Prozent und ist gegenüber dem Vorjahr noch leicht gestiegen. Die Kriminalitätsbelastung in Appenzell Ausserrhoden bewegt sich weiterhin auf tieferem Niveau als im schweizerischen Durchschnitt. Dieser beträgt 71,5 Delikte pro 1000 Einwohner. In Appenzell Ausserrhoden sind es 39,1 Delikte pro 1000 Einwohner. Beim Vergleich der Regionen ist festzustellen, dass das Hinterland gegenüber dem Mittel- und Vorderland die höchste Kriminalitätsrate aufweist. Die Zahl der Straftaten gegen das Vermögen hat gegenüber dem Vorjahr um 34 Prozent abgenommen. Die Sachbeschädigungen gingen um 39 Prozent zurück. Bei den Diebstählen ist ein Rückgang von 24 Prozent zu verzeichnen. Auch die Einbruchdiebstähle sind um 29 Prozent zurückgegangen. Einen Anstieg haben hingegen Erpressung (insgesamt 19 Straftaten, Vorjahr 0) und Betrug (Zunahme um 13 Prozent auf 36 Delikte) erfahren.

Unfallstatistik. Die Zahl der Verkehrsunfälle ist 2013 auf 402 Unfälle zurückgegangen, im Vorjahr waren noch 465 Unfälle verzeichnet worden. Eine Person erlitt bei einem Verkehrsunfall tödliche Verletzungen. Bei den schwerverletzten Unfallopfern gab es eine leichte Zunahme, mussten doch 18 Personen mit schweren Verletzungen ins Spital eingeliefert werden; im Jahr zuvor waren es 16 Menschen gewesen. Wie bereits in den Vorjahren liegt die Hauptursache der Verkehrsunfälle bei nichtangepasster oder überhöhter Geschwindigkeit. Im Jahr 2013 registrierte die Kantonspolizei 110 Unfälle, welche darauf zurückzuführen waren, 2012 waren es 81 gewesen. Bei 80 Unfällen war das Missachten des Vortrittsrechts die Ursache. Ein eigentlicher Unfallschwerpunkt konnte in Appenzell Ausserrhoden nicht festgestellt werden. Entsprechend den Verkehrsfrequenzen haben sich im Hinterland mit 179 (davon allein in Herisau 94) die meisten Verkehrsunfälle ereignet.

Asylwesen. Dem Kanton wurden 2013 vom Bund 181 Asylsuchende zur Unterbringung und Betreuung zugewiesen (-20 Prozent gegenüber Vorjahr). Die abgeschlossenen Asylverfahren haben mit 200 erneut zugenommen (+20 Prozent); 146 Asylsuchende haben den Kanton bzw. die Schweiz verlassen (+18 Prozent). Ende 2013 lebten in Appenzell Ausserrhoden 219 Asylsuchende und 70 vorläufig Aufgenommene aus 24 Herkunftsländern. 19 abgewiesene Asylsuchende bezogen Nothilfe. Die Belegung im Asylzentrum Landegg in Eggersriet lag im Durchschnitt unter der mit dem Kanton St.Gallen vereinbarten Höchstgrenze. Die Zusammenarbeit mit dem Kanton St.Gallen als Zentrumsbetreiber sowie mit den umliegenden Gemeinden ist eng und konstruktiv; die «Runden Tische» mit Vertretungen der Behörden und der Nachbarschaft des Zentrums bewähren sich. Die Beratungsstelle für Flüchtlinge betreute 288 Personen. Die Beratungsstelle wird ab Anfang 2014 neu im «Sitzgemeinodemodell» durch die Gemeinde Herisau im Auftrag aller Ausserrhoder Gemeinden geführt.

Bauen und Umwelt

Im Gefolge der Revision des eidgenössischen Raumplanungsgesetzes muss der kantonale Richtplan an die neu formulierten Mindestanforderungen im Bereich Siedlung angepasst werden. Die entsprechenden Arbeiten sind in Angriff genommen worden. Zu diskutieren gab im Berichtsjahr Artikel 56 des kantonalen Baugesetzes. Dieser hält fest, dass nicht überbaute Bauzonen nach zehn Jahren entschädigungslos als ausgezont gelten. Sinn der Bestimmung ist es, Bauland zu aktivieren und die Gemeindeentwicklung voranzutreiben. Viele Gemeinden haben diese Chance erkannt und die betroffenen Grundeigentümer informiert. Um der Auszonung zu entgehen, haben viele Grundeigentümer ein Baugesuch eingereicht oder Projekte erarbeitet. Beim Planungsamt sind 150 Gesuche um Fristverlängerung eingegangen. Mit dem Gesetzesartikel wird juristisches Neuland betreten; ob entschädigungslose Auszonungen rechtmässig sind, ist noch offen. – Einen Rückschlag gab es bei den Bemühungen um eine Verbesserung der Situation im Verkehrsraum Herisau bzw. um Aufnahme des Strassenzugs Winkeln–Herisau–Appenzell ins Nationalstrassenprogramm. Diese Erweiterung des Nationalstrassennetzes war an die Erhöhung des Abgabepreises der Autobahnvignette geknüpft, die aber an der Urne Schiffbruch erlitt. Zurzeit ist nicht klar, ob und allenfalls wann der Netzbeschluss in Kraft tritt.

Hochbau. Im Regierungsprogramm 2012–2015 ist als wichtige Zielsetzung ein Anstieg der Wohnbevölkerung im Kanton erwähnt. Im Projekt «Bauen & Wohnen» konnten die Baubewilligungen für die drei Mehrfamilienhäuser «Mattenbach» in Grub, die Wohnüberbauung «Hinter der Kirche» in Schwellbrunn sowie die Wohnüberbauung «Zentrum» in Bühler erwirkt werden. Im Weiteren wurde der Neubau «Käseri Schwellbrunn» realisiert. Die Realisierungsquote bei den bisher durchgeführten rund 60 Haus-Analysen liegt bei über 40 Prozent und damit deutlich über der Zielsetzung. Einzelne Projekte wurden bereits im letzten Regierungs-

programm initiiert, was aufzeigt, wie langfristig Bauprojektentwicklungen sind. – Wie immer in den letzten Jahren sind auch 2013 bei kantonalen Hochbauten grössere und kleinere Sanierungen ausgeführt worden, dies mit dem Ziel, den Wert der Liegenschaften zu erhalten. Das grösste Bauprojekt war das Projekt «Optimierung und Erneuerung Rathaus Trogen», nachdem die Kantonspolizei die Räumlichkeiten verlassen hatte und diese u.a. für die Nutzung durch das Kantonsgericht vorbereitet wurden. Das Hochbauamt bezeichnete den Einbau eines Lifts als grösste Herausforderung im Umbauprozess, zu dem auch der Ersatz sämtlicher Fenster sowie die Renovationen der Stuckaturen gehörten.

Tiefbau. Gestartet ist das Jahr mit intensiven Wintermonaten, die den Strassenunterhalt forderten. Alle drei Rekorde im Winterdienst wurden gebrochen: Schneefallmenge, Anzahl Einsatztage und Streusalzverbrauch. Die grossen Schmelzwassermengen, verbunden mit den verregneten Monaten April und Mai, hatten zahlreiche Rutschungen zur Folge. Einschneidend war die wochenlange Sperrung der Umfahrung Teufen, weil auf dem Abschnitt «im Holz» die Steilböschung abrutschte. – Im September gab der Regierungsrat das Kantonale Strassenbau- und Investitionsprogramm 2015–2018 in die Vernehmlassung. Die aufgeführten Strassenbauvorhaben wurden mehrheitlich gut aufgenommen. Heftig und einstimmig war der Widerstand der Gemeinden gegen die regierungsrätliche Absicht, das Kantonsstrassennetz um rund zehn Prozent zu verringern und untergeordnete Strassen an die Standortgemeinden abzutreten. – Die geplanten Investitionsprojekte im Strassenbau konnten realisiert werden. Einzig bei der Sanierung des Dorfkerns von Trogen mit dem Landsgemeindeplatz verhinderten Einsprachen eine Fortsetzung der Bauarbeiten. Im September wurde die sanierte Gmündertobelbrücke, eine zur Bauzeit 1908 schweizweit pionierhafte Bogenbrücke aus Stahlbeton, eingeweiht. Bei den Planungen führte die schwierige Finanzlage

einzelner Gemeinden dazu, dass diese wieder in Frage gestellt sind. Im Spätsommer rückte die Führung der Bahn durch Teufen (Tunnel oder Doppelspur?) wieder in den Fokus. Die Gruppierung «IG Dorfgestaltung» schlug vor, die Kosten eines Bahntunnels und die Möglichkeiten zur Finanzierung ebenso gründlich abzuklären wie die Erstellung einer Doppelspur durch den Dorfkern. Auch gestalterische Fragen sollten einbezogen werden. Entschieden standen noch aus. – Beim Wasserbau ist der gute Fortschritt bei der Revitalisierung von Bächen erfreulich: Im Berichtsjahr wurden rund 760 Meter offengelegt. Damit hat der Kanton den mit dem Bund für die Jahre 2012–2015 vereinbarten Umfang bereits übertroffen. Grossen Aufwand verursachen die neuen bundeseitigen Anforderungen aus der geänderten Gewässerschutzgesetzgebung.

Energie. Das kantonale Förderprogramm wurde angepasst, um den übermässig stark beanspruchten Energiefonds zu entlasten. Förderbeiträge an Photovoltaik-Anlagen und Minergie-Neubauten sowie der Bonus zum Gebäudeprogramm wurden gestrichen. Die Anpassungen des Förderprogramms führen zu einer zeitlich verzögerten Entlastung des Energiefonds. Die volle Entlastungswirkung bei den Förderbeiträgen wird auf 960 000 Franken pro Jahr geschätzt und soll sich ab 2015 entfalten. An Massnahmen zur Nutzung der Holzenergie hat der Kanton Förderbeiträge von insgesamt rund 500 000 Franken geleistet. – Auf der Hochalp wurde zur Abklärung der Windverhältnisse für eine allfällige Nutzung der Windenergie eine Jahresmessung gestartet. Die Messwerte von September bis Dezember übertreffen die Erwartungen. Verlässliche Aussagen können nach Abschluss der Windmessungen im Herbst 2014 gemacht werden.

Gesundheit

Im Bereich des Gesundheitswesens war die Versorgung der Bevölkerung fast durchgehend sichergestellt. Eine erhebliche Unterversorgung besteht – wie in den Nachbarkantonen –

in der stationären Kinder- und Jugendpsychiatrie. Aufgrund der Altersstruktur der Ärztinnen und Ärzte muss zudem weiterhin mit einer mittelfristigen Unterversorgung in der Hausarztmedizin gerechnet werden. Gegensteuer zu geben wird zwar versucht, es ist aber nicht einfach. Die Umsetzung der neuen Spitalfinanzierung wurde mit dem Erlass der Spitalliste im Bereich der Psychiatrie fortgesetzt. Die Aufsichts- und Controllingaufgaben im Spitalbereich konnten wegen knapper personeller Ressourcen noch nicht erledigt werden. Zudem ist der administrative Aufwand beim Vollzug der Neuerungen im Krankenversicherungsgesetz ungebrochen hoch. Stark belastet war die Verwaltung durch die langwierigen Verfahren der Tarifgenehmigungen und Tariffestsetzungen. Weil das Departementssekretariat zusätzliche Aufgaben mit dem Vorsitz in der Gesundheitsdirektorenkonferenz der Ostschweizer Kantone zu erfüllen hatte, mussten die Gesetzgebungsarbeiten zurückgestellt werden. Positiv zu vermerken ist die Unterzeichnung einer Leistungsvereinbarung mit allen anerkannten Trägerschaften und Einrichtungen für Menschen mit Behinderung. Die enorme Fülle der zu erledigenden Aufgaben im Departement Gesundheit wurde durch eine überdurchschnittliche Personalfluktuation zusätzlich erschwert.

Spitalwesen. Der Spitalverbund Appenzell Ausserrhoden blickt auf ein erfreuliches Geschäftsjahr 2013 zurück. Auch im zweiten Jahr seiner Selbständigkeit haben sowohl die beiden Spitalstandorte als auch das Psychiatrische Zentrum Appenzell Ausserrhoden zum guten Ergebnis beigetragen. Der Spitalverbund schliesst mit einem Ertragsüberschuss von 1,693 Mio. Franken ab und weist einen neuen Rekord an behandelten Patientinnen und Patienten auf. Der Ertragsüberschuss wird den Pflichtreserven zugewiesen, um den notwendigen Spielraum für künftige Investitionen zu schaffen. Der Gewinn liegt rund 2,4 Mio. Franken unter dem Vorjahresgewinn. In erster Linie ist dafür die Umsetzung des Arbeitsgesetzes mit einem

ausserordentlichen Aufwand von 1,875 Mio. Franken verantwortlich. Neuanstellungen und Neubesetzungen von Stellen im Kader der Ärztinnen und Ärzte haben sich auch in der Zunahme der Patientenzahlen bemerkbar gemacht. Noch nie seit dem Bestehen des Spitalverbunds wurden in den beiden Spitälern Heiden und Herisau sowie im Psychiatrischen Zentrum so viele Patientinnen und Patienten behandelt. Die Zahl stieg um 6,9 Prozent von 8261 auf 8829 und die Pflageage von 106429 auf 108582 (+2 Prozent). Um eine optimale Behandlung, Pflege und Therapie zu gewährleisten, musste auch der Personalbestand angepasst werden. Etwas mehr als die Hälfte der Beschäftigten (51,4 Prozent) arbeitet Teilzeit. Insgesamt kümmerten sich mehr als 1000 Mitarbeitende (ca. 800 Vollstellen) um das Wohl der Patientinnen und Patienten respektive Bewohnerinnen und Bewohner. Die betriebliche Zusammenarbeit von Spitalverbund und Spital Appenzell funktioniert, und weitere mögliche Zusammenarbeitsfelder werden laufend geprüft. Der Kantonsrat hat einem Kredit für die Vorbereitung eines gemeinsamen Spitalverbunds von Appenzell Ausserrhoden und Innerrhoden zwar zugestimmt, doch zeigte es sich bald, dass die Hürden dafür noch recht hoch sind.

Bildung

Die Konzept- und Grundlagenarbeit zu einem angepassten Berufsauftrag der Lehrpersonen der Volksschule wurde abgeschlossen. In Anbetracht der angespannten finanziellen Situation und der Kostenfolgen der Vorlage wurde das Projekt jedoch sistiert. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler an der Volksschule ging auch im Jahr 2013 zurück, und zwar von 5884 auf 5689 (-3,3 Prozent). Auf der Primarstufe waren 4,3 Prozent weniger Kinder zu verzeichnen als im Vorjahr. Auf der Sekundarstufe I betrug der Rückgang 5,1 Prozent. Der Schülerrückgang wird in den nächsten vier Jahren die Sekundarstufe I verstärkt treffen. Im Kindergarten hingegen hat sich die Zahl der Lernenden von 968 auf 983 erhöht (+1,5 Prozent). In den

kommenden Jahren kann mit rund 500 Lernenden pro Jahrgang gerechnet werden. Trotz abnehmender Schülerzahlen war vor einigen Jahren im Rahmen einer Konsultation eine markante Reduktion der Anzahl Sekundarschulen mehrheitlich abgelehnt worden. So können Optimierungspotentiale zwar nicht ausgeschöpft werden; die Standortattraktivität der Gemeinden bleibt dafür aber erhalten. Die Umsetzung der Massnahmen zur Sicherung der Qualität bei abnehmenden Schülerzahlen wurde weiter vorangetrieben. Acht der zwölf Ausserrhoder Sekundarschulen haben das Schulmodell bereits gewechselt oder bereiten diesen Schritt vor.

Kantonsschule. Auf Beginn des Schuljahres 2013/14 trat Michael Zurwerra die Nachfolge von Willi Eugster als Rektor der Kantonsschule Trogen an. Beim Start zum Schuljahr 2013/14 waren an der Kantonsschule insgesamt 680 Lernende eingeschrieben; im vorangegangenen Schuljahr waren es noch 693 gewesen. Sie teilen sich wie folgt auf: Gymnasium 389 (Vorjahr 388); Berufsfachschule Wirtschaft und Berufsmaturität 37 (43); Fachmittelschule und Fachmaturität 87 (83); Sekundarschule 155 (160); Freiwilliges 10. Schuljahr 12 (19). Im Rahmen des Jahresziels stand bei den Lehrpersonen die Transparenz in der Leistungsbeurteilung im Fokus. Daneben wurden auch die Förderung des selbstorganisierten Lernens und die Stärkung der Sozialkompetenz weiter vertieft. Mit Schuljahresbeginn 2013/14 ist in der Berufsfachschule Wirtschaft die Ablösung des Handelsdiploms durch das Eidgenössische Fähigkeitszeugnis abgeschlossen worden. Die Kantonsschule führt im Auftrag der Gemeinden Trogen, Wald und Rehetobel eine Sekundarschule. Vor dem Hintergrund der rückläufigen Lernendenzahlen wurden für die Schuljahre 2014/15 und 2015/16 neue kostendeckende Schulgelder beschlossen.

Berufsbildungszentrum. Die Zahl der Lernenden am Berufsbildungszentrum konnte auf hohem Niveau gehalten werden (Schuljahr

2013/14: 1046; Schuljahr 2012/13: 1045). Mit 256 Lernenden machten die Holzverarbeitenden Berufe den grössten Anteil aus, gefolgt von Kauffrau/Kaufmann mit 240 und den Fachangestellten der Gesundheitsberufe mit 114 Lernenden. Die neue berufliche Grundbildung mit Berufsattest Holzpraktiker/-in EBA konnte im Sommer mit einer Klasse für beide Lehrjahre gestartet werden. Diese Ausbildung ergänzt das bestehende Angebot der Zimmerleute sehr gut. Die einjährige kantonale Ausbildung «Hauswirtschaftsjahr» schloss im Sommer letztmals ab. Die Themen des hauswirtschaftlichen Unterrichts sind neu in die «Brücke AR» integriert, die mit einer vollen Klasse startete. In der «Brücke AR» fanden mehr als 90 Prozent der Jugendlichen bis zum Abschluss des Schuljahres eine Anschlusslösung. Einer der Erfolgsfaktoren war das persönliche Coaching der Lernenden durch Lehrpersonen und das grosse Netzwerk des Lehrpersonenteams in Wirtschaft und Gewerbe.

Kirchen

Die Evangelisch-reformierte Landeskirche bei der Appenzell hat vor allem im organisatorisch-strukturellen Bereich ein wechselvolles Jahr erlebt. Unstimmigkeiten zwischen dem Kirchenrat und der Synode (Kirchenparlament) waren Anlass für Spannungen. Im weitesten Sinne ging es dabei um die Zukunft der Kirche und deren Aufgaben in einer sich rasch verändernden Welt. So stiess der Entscheid des Kirchenrats, den Vertrag mit der Beratungsstelle für Ehe-, Familien und Lebensfragen (BEFL) aufzulösen, auf breite Kritik. Die Synode reagierte in der Sommersitzung und verpflichtete den Kirchenrat, die BEFL weiterzuführen, allerdings in einem reduzierten Umfang, jedoch mit gleicher inhaltlicher Zielsetzung. – Nachdem sich der Kirchenrat für die Legislatur 2010–2014 die Lancierung eines Zukunftsprojekts zum Ziel gesetzt hatte, gab es ebenfalls Differenzen zwischen dem Kirchenrat und dem Kirchenparlament. Eine dafür vorgesehene Sondersynode kam nicht zustande, weil sich die beiden Seiten über die vorgesehene externe Moderation nicht einigen konn-

ten. – Ausdruck der Meinungsverschiedenheiten war auch der Rücktritt von Barbara Stehle, Schwellbrunn, aus dem Kirchenrat; sie wollte laut eigenen Aussagen mehr gestalten und weniger verwalten. Zu ihrem Nachfolger wählten die Synodalen Pfarrer Koni Bruderer, Heiden. Die traditionellen Traktanden wie Geschäftsbericht, Rechnung und Budget wurden an den Sitzungen der Synode jeweils nach kurzer Diskussion genehmigt. Gutgeheissen wurden auch die geänderte Kirchenordnung sowie verschiedene neue Reglemente, so etwa ein Reglement über die Anstellungsbedingungen der Mitarbeitenden der Evangelisch-reformierten Landeskirche. Unverändert aktuell geblieben ist auch das Problem des Pfarrmangels.

Tourismus und Bahnen

Tourismus. Die Zahl der Übernachtungen lag mit 186 400 um rund 5000 höher als im Vorjahr. Von den übernachtenden Gästen waren 144 000 Schweizerinnen und Schweizer, bei den Ausländern machten die Gäste aus Deutschland mit etwas mehr als 36 000 den Löwenanteil aus. Bemerkenswert bei den Übernachtungen ist die Tatsache, dass fast ein Drittel, nämlich rund 57 000, im Reka-Ferierendort in Urnäsch registriert worden sind. Die Zahl der Hotelleriebetriebe ist auf 54 (Vorjahr 56) gesunken. Die durchschnittliche Auslastung der Zimmer blieb mit 29,8 Prozent praktisch stabil, ebenfalls die durchschnittliche Aufenthaltsdauer von zwei Tagen. – Auf politischer Ebene sind die Arbeiten für die Totalrevision des kantonalen Tourismusgesetzes angelaufen, und die Regierung hat im Hinblick darauf eine tourismuspolitische Strategie erlassen, welche aufzeigt, wie der Tourismus in Zukunft gefördert werden soll. An die kantonale Tourismusmarketingorganisation Appenzellerland Tourismus AG (ATAG) wurde erneut ein Betrag von 990 000 Franken ausgerichtet. Dieser Betrag bildet zusammen mit den Beiträgen der Gemeinden und der touristischen Leistungsanbieter die Grundlage für die Vermarktung der Tourismusdestination Appenzell Ausserrhoden. – Bereits nach weniger als einem Jahr hat

Stefan Steiner seine Stelle als Geschäftsführer bei Appenzellerland Tourismus AR wieder gekündigt. Der stellvertretende Geschäftsführer Urs Berger hat interimistisch die operative Leitung übernommen.

Appenzeller Bahnen. Die Appenzeller Bahnen haben 2013 auf ihrem Streckennetz – wie schon im Vorjahr – rund 5,07 Mio. Personen befördert. Das Geschäftsjahr schloss bei einem Betriebsertrag von 43 Mio. Franken mit einem Gewinn von knapp 3000 Franken ab. Das Ergebnis fiel nur dank der Auflösung stiller Reserven von 651 000 Franken ausgeglichen aus. Die Einnahmen aus dem Reiseverkehr blieben mit 12,3 Mio. Franken auf dem Vorjahresniveau. Beeinflusst wurde das Jahresergebnis durch geringere Einnahmen bei den Pauschalfahrerausweisen, Unwetter im Vorder- und Mittelland sowie höhere Aufwendungen im Personalbereich. – Ein wichtiger Schritt zur Realisierung der Infrastrukturbauten der Durchmesserlinie (DML) Appenzell–St.Gallen–Trogn ist mit der Zustimmung zum Kredit an der Innerrhoder Landsgemeinde erfolgt, nachdem die Kantonsparlamente in St.Gallen und Appenzell Auserrhoden die entsprechenden Kredite bereits genehmigt hatten. Bis jedoch der Spatenstich für dieses für die Appenzeller Bahnen und die Region zukunftsweisende Projekt erfolgen kann, braucht es noch Geduld; die Planungs- und Vorbereitungsarbeiten sind jedoch in vollem Gang. Erfreulich für die Bahn-Verantwortlichen ist auch die Verlängerung des Managementvertrags mit der Frauenfeld-Wil-Bahn um fünf Jahre. – Nicht wie erhofft vorangekommen ist die Sanierung der zahlreichen Bahnübergänge. 23 sind im Jahr 2013 saniert worden. Weil private Einsprachen zu Verzögerungen geführt haben, hat das Bundesamt für Verkehr die Frist für die Sanierung aller Bahnübergänge um ein Jahr verlängert.

Säntis-Schwebebahn. Die Säntis-Schwebebahn hat mit dem Geschäftsjahr 2013 ein in vielerlei Hinsicht bewegtes, durch vielseitige Herausforderungen geprägtes Jahr abgeschlossen: einer-

seits die aussergewöhnliche Wettersituation und andererseits das Grossprojekt Neubau Schwägalp. Durch die Tieftemperaturphasen zu Beginn des Jahres, begleitet von starken Niederschlägen und Schneefällen, war das erste Halbjahr eines der sonnenscheinärmsten. Der lange Winter dauerte bis Ende Juni und die Wandersaison am Säntis vom 10. Juli bis zum 11. Oktober lediglich drei Monate. Das Ausbleiben der Gäste im ersten Halbjahr hat sich negativ auf das Geschäftsergebnis niedergeschlagen. Mehrumsätze gegenüber dem Vorjahr konnten lediglich in den Monaten Juli, September und Dezember erzielt werden. Die Säntis-Schwebebahn transportierte 353 743 Gäste und erwirtschaftete einen Gesamtumsatz von 14,252 Mio. Franken. Somit konnte, trotz einem Minus bei den Frequenzen von fast zehn Prozent, praktisch der gleiche Umsatz wie im Vorjahr erzielt werden. Der Ertrag aus dem Bahnbetrieb betrug 5 Mio. Franken und die Gastronomiebetriebe erwirtschafteten gut 7 Mio. Franken. Der Ertrag aus den Infrastrukturleistungen lag bei 1 Mio. Franken. Vom Betriebsaufwand von 11,7 Mio. Franken entfielen auf die Personalkosten 6,4 Mio. und auf den Material- und Sachaufwand 5,3 Mio. Franken. Es resultierte ein Betriebsergebnis von 1,486 Mio. Franken oder 11 Prozent des Umsatzes. Investiert hatte das Unternehmen für Betriebserneuerungen und für das Neubauprojekt über 4 Mio. Franken. – Mit dem Baufortschritt beim Neubauprojekt Schwägalp ist die Säntis-Schwebebahn sehr zufrieden (Abb. 6). Sie ist zuversichtlich, dass bis Ende 2014 der Rohbau beendet und überdacht ist. So verbleibt bis zur Eröffnung Ende 2015 ein Jahr für den Innenausbau. Der Voranschlag für den Neubau rechnet mit Kosten von 42 Mio. Franken.

Kultur

Die Teufnerin Rosmarie Nüesch-Gautschi ist vom Regierungsrat mit dem mit 25 000 Franken dotierten Auserrhoder Kulturpreis 2013 ausgezeichnet worden (Abb. 7). Die 84-Jährige hatte 1959 im Rahmen einer Ausstellung über Hans Ulrich Grubenmann im Historischen

Museum St.Gallen aus Anlass seines 250. Geburtstags angefangen, sich mit der einheimischen Baumeisterfamilie zu beschäftigen. Es folgte die Konzeption einer Wanderausstellung und schliesslich, 1979, die Eröffnung der Grubenmann-Sammlung im alten Bahnhof Teufen. Diese Sammlung betreute, ergänzte und vermittelte sie bis zu deren Umzug ins Zeughaus 2012. Regierungsrat Jürg Wernli und Laudatorin Astrid Stauer würdigten Rosmarie Nüesch-Gautschi bei der Preisübergabe umfassend als Denkmalpflegerin, Architektin, Vermittlerin, alleinerziehende Mutter, Kantonsrätin, Mitglied der Staatsbürgerlichen Arbeitsgemeinschaft beider Appenzell, Heimatschutz-Vorstandsmitglied und «Obmann», Mitglied der Eidgenössischen Kommission für Natur- und Heimatschutz und der Eidgenössischen Kommission für Denkmalpflege. In manchen dieser Gremien gehörte sie jeweils zu den ersten Frauen. – Die Fachstelle Kulturförderung hat 2013 insgesamt 163 Gesuche behandelt, 122 davon wurden mit einem Förderbeitrag unterstützt. Insgesamt wurden 588'000 Franken Förderbeiträge gesprochen. Im Rahmen von Leistungsvereinbarungen wurden 25 Institutionen mit Betriebsbeiträgen von total 1,089 Mio. Franken unterstützt. – Auch 2013 sind wieder drei Ausgaben von «Obacht Kultur» erschienen, die den Themen Film, Melancholie und Falten gewidmet waren; ergänzt durch eine Sonderausgabe zur Kulturlandsgemeinde. Die ebenfalls bereits traditionelle Kulturlandsgemeinde fand Anfang Mai in Gais statt und widmete sich unter dem Titel «wohl oder übel» im weitesten Sinne dem Thema Gesundheit. – Die Museen im Appenzellerland firmieren seit Mitte Jahr unter einem gemeinsamen Logo, zudem sind sie in einem gemeinsamen Prospekt und auf einer Internetseite präsent. Mit Lancierung des neuen Auftritts der Museen ist eine wichtige Etappe der Museumsstrategie erreicht. Ziel ist es, damit die Professionalität und die Präsenz der Museen zu steigern und die Zusammenarbeit untereinander zu stärken.

Die *Ausserrhodische Kulturstiftung* hat 2013 fünf Werkbeiträge in den Sparten Bildende Kunst sowie Literatur und Theater verliehen (Abb. 8). Zum zweiten Mal wurde der in Basel lebende David Berweger mit einem Werkbeitrag ausgezeichnet. Berwegers installative Raum-Interventionen spielen mit Realität und Illusion. Erstmals ausgezeichnet wurde der Künstler und Architekt Florian Graf, der Bürger von Speicher ist. Seine Raumarbeiten forschen der psychologischen und emotionalen Wirkung von Räumen auf ihre Benutzer nach. Intimer ist das Werk von Zora Berweger. Neben ihren Malereien überrascht sie mit bildhauerischen Arbeiten. Zwei Frauen kamen in der Sparte Literatur, Theater und Tanz zum Zug. Es sind dies die in Wald aufgewachsene Rebecca C. Schnyder, die nach Theatertexten und Gedichten den Roman «Billie» vorlegt, und Danielle Strahm aus Heiden. Das vor einem Jahr geschaffene Artist-in-Residence-Stipendium ging an den 35-jährigen Fotografen Georg Gatsas, der in Waldstatt lebt. Mit Bildserien von Personen und Landschaften erlangte er internationale Beachtung. Er wählte als Arbeitsort für seinen Aufenthalt London.

Verschiedenes

Die Stiftung Pro Appenzell konnte im Berichtsjahr ihr 50-Jahr-Jubiläum feiern. Zu diesem Anlass wurde auf der Alp Grossbalmen ein neuer Alpstall erstellt, der den Bedürfnissen einer zeitgemässen Alpbewirtschaftung gerecht wird. Eine Jubiläumsbroschüre geht auf die sich verändernde Tätigkeit der Stiftung ein, und es werden die zehn Alpen im Besitz von Pro Appenzell in Wort und Bild vorgestellt. – Anfang Jahr ist die Notrufzentrale der Kantonspolizei vom Rathaus Trogen ins Zeughaus in Herisau umgezogen (Abb. 9). Dort werden jetzt sämtliche Notrufe entgegengenommen und die zu treffenden Massnahmen ausgelöst. – Aussergewöhnlich starker und anhaltender Regen führte in Appenzell Ausserrhoden am ersten Juni-Wochenende zu überfluteten Kellern, gesperrten Strassen und verschütteten Bahnlinien sowie Erdrutschen. Personen kamen

keine zu Schaden. Die Schadenssumme wird auf über 2 Mio. Franken geschätzt. – Die Sozialdemokratische Partei Appenzell Ausserrhoden hat ihr 100-jähriges Bestehen gefeiert. Unter den Gästen waren auch Christian Levrat, Präsident der SP Schweiz, sowie Nachkommen von Weberpfarrer Howard Eugster-Züst, der die Kantonalpartei mitbegründet hat. – Einen Wechsel an der Spitze gab es bei der Ausserrhoder FDP: Die Teufner Kantonsrätin Monica Sitaro und alt Kantonsschulrektor Willi Eugster, Trogen, führen die Partei im Co-Präsidium. Sie lösten Hanspeter Blaser, Herisau, ab, der die FDP seit 2007 präsidiert hatte. – Die Leserinnen und Leser der Appenzeller Zeitung haben den Urnäser Schauspieler Philipp Langenegger

zum «Appenzeller des Jahres» gewählt. Langenegger hat zusammen mit dem Hackbrettspieler Werner Alder und der Geigerin Maya Stieger auf einer Mundartgeschichten-Lesetour «Sonnesiits ond schattehalb» das Publikum in Scharen angezogen und begeistert. – Auch sportliche Erfolge konnten Ausserrhoderinnen und Ausserrhoder im Jahr 2013 feiern: Stellvertretend erwähnt seien die Bobfahrer Beat Hefti und Alex Baumann, die sich an Welt- und Schweizermeisterschaften Medaillen erkämpften, sowie Sandra Graf, die sich mit dem Handbike Weltmeistermedaillen holte. Am «Eidgenössischen» in Burgdorf gehörten die beiden Ausserrhoder Schwinger Michael Bless und Raphael Zwysig zu den Kranzgewinnern.